

Präs.: 3. März 1971 No. 449/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. LEITNER, KOLLER
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft
betreffend Existenzsicherung der österreichischen Geflügel-
wirtschaft.

Die österreichische Geflügelwirtschaft hat durch Ausschöpfung
aller Rationalisierungsmaßnahmen die von ihr erzeugten
Produkte trotz stark steigender Preise für Gebäude,
Geräte, Futtermittel und steigender Arbeitslöhne entweder
preisstabil angeboten oder sogar wesentlich verbilligt.

Ein kleiner Preisvergleich stellt dies unter Beweis:

Eier: (Verbraucherpreis laut "Statistische Nachrichten")

1952: S 1,22

1956: S 1,27

1968: S 1,22

1969: S 1,28

Geflügel: (Verbraucherpreise für Brathühner in der 11. Woche)

1952: S 35,50

1958: S 34,00

1962: S 31,00

1965: S 29,00

1968: S 27,00

In den letzten Wochen ist durch das Zusammentreffen
mehrerer ungünstiger Faktoren (Restbestände von zollfreiem
Importgeflügel, Überangebot an Suppenhühner, anhaltend hohe
Inlandsproduktion) ein Preisverfall am Geflügelmarkt eingetreten.

-2-

Die erzielten Produzentenpreise können die Produktionskosten selbst bei fortschrittlichster Betriebsführung und rationellster Vermarktung bei weitem nicht decken. Angesichts dieser, die Existenz der österreichischen Geflügelwirtschaft bedrohenden Markt- und Preiskrise, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen, Herr Minister, die Markt- und Preiskrise am österreichischen Geflügelmarkt bekannt?
- 2) Wenn ja, in welcher Form gedenken Sie die österreichische Geflügelwirtschaft bei ihren Bemühungen um Stabilisierung des Marktes zu unterstützen?
- 3) Sind Sie bereit, die Aufhebung des 300.000 Kilo Zollfreikontingentes für Suppenhühner zu beantragen, da die derzeitigen Produktionsverhältnisse zollfreie Geflügelimporte nicht rechtfertigen?
- 4) Sind Sie bereit, die Aufhebung des 40 Mill. Zollfreikontingentes bei Eiern zu beantragen, nachdem hierfür weder versorgungspolitische noch preispolitische Gründe bestehen und dem Staat jährlich rund 8 Mill.S Importausgleichsbeträge entgehen?
- 5) Sind Sie bereit, eine Gesetzesnovelle über die Erhebung eines Importausgleiches bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Geflügelwirtschaft zu beantragen und eine EWG ähnliche Regelung vorzusehen, wie dies von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern in einer Eingabe an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft vom 9.12.1970 gefordert wurde?